

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 spaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 40

Sonntag, den 6. Oktober

1918

## An die Bevollmächtigten!

Auch diesmal richten wir an die Bevollmächtigten das dringende Ersuchen, mit der Quartalsabrechnung auch die alle Quartale fällige Namenliste über Zugang und Abgang von Mitgliedern in der Zahlstelle dem Vorstande mit einzusenden. Sollten jedoch keine Veränderungen in der Zahlstelle eingetreten sein, so ist die Einreichung der Namenliste nicht erforderlich; es genügt dann, wenn eine diesbezügliche Bemerkung der Abrechnung mit beigefügt wird.

Zahlstellen, die keine Namenliste über Zugang und Abgang von Mitgliedern erhalten haben sollten, wollen dies dem Vorstande mitteilen. Die Eintrittserklärungen brauchen nunmehr nicht eingesandt werden.

Der Vorstand.

## Gegen die Teuerung!

Wie man die Teuerung nach dem Kriege auf ein erträgliches Maß bringen könnte, darüber grübeln bereits die wirtschaftlichen Theoretiker kapitalistische Verbände. Darüber ist man sich klar, daß der Wucher nicht so weiter getrieben werden kann, ohne das Volk zur hellen Empörung zu bringen. Sehr viel möchte man aber von der während der Kriegsjahre gewöhnlichen Gewinnmacherei nicht aufgeben. Da müssen nun die Professoren und Doktoren der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre die Schwierigkeiten aufzählen, die dem „Abbau der Warenpreise“ entgegenstehen.

Verteilen werden diese Theoretiker ob des Anstehens nicht. Es fällt ihnen auch nicht schwer, allerhand Gründe mit wissenschaftlichem Anstrich aufzuführen, die eine gewisse Hochhaltung der Preise befürworten. Aber eine Herabsetzung der Preise fordern sie. Das ist gerade kein Kunststück, denn die jetzigen Preise für Waren sind nicht nur staats-, sondern geradezu lebensgefährlich. Einerseits also Herabsetzung der Preise, andererseits weise Abwägung, daß die Einkommensbildung nicht durch ungerichtete, willkürliche oder gewalttätige Herabsetzung der Preise geschädigt wird. Zwischen diesem einerseits andererseits pendeln die schwergelehrten nationalökonomischen Ratsschläge hin und her.

Ein Beispiel, wie die Sache gemacht wird, lieferte der Professor Liefmann aus Freiburg i. V., der im Deutsch-Argentinischen Zentralverband, einer jener Verbände, die den überlebensgefährlichen Handel für den Kapitalismus zu fruchtbarisieren suchen, Vortrag hielt. Er behandelte die Frage, „wie nach dem Kriege die Preise, die jetzt eine so ungesunde Höhe erreicht haben und unsere ganze Volkswirtschaft ungünstig beeinflussen, wieder auf eine annehmbare Höhe herabgebracht werden können.“

Es interessiert uns ungemein, wie sich der Herr Professor die Lösung dieser Aufgabe dachte. Seine Ausführungen auf kurze Formeln gebracht, lauten nach dem „V. T.“ folgendermaßen:

Die Steigerung der Einkommen hat keineswegs allgem. mit der Preisbewegung Schritt gehalten. Ein Rückgang der Preise ist daher erforderlich im Interesse einer günstigeren Einkommensverteilung. Dazu aber ist eine Senkung der Preise notwendig im Interesse unserer Ausfuhr.

Bei der Sorge für billigere Preise ist es mit direkten Eingriffen in die Preisgestaltung nicht getan; man darf die engen Beziehungen zwischen Verkaufspreis und Einkommen nicht aus dem Auge verlieren. Es ist vielmehr zugleich mit einer Verminderung der Einkommen eine Verminderung der Umlaufmittel anzustreben. Das ist nicht durch Anleihen, etwa im Auslande, zu erreichen, sondern nur durch Herausziehung von Erträgen und Steuern, vor allem Kriegsgewinnsteuern und daneben eine einmalige stark gestaffelte Vermögensabgabe. Eine einmalige Vermögensabgabe und eine Sonderbelastung aller im Kriege gestiegenen Einkommen erklärt der Redner für nötig, um der äusserst ungünstigen Vermögensentwicklung während des Krieges entgegenzuwirken, die nicht nur sozial ungünstig ist, sondern auch wirtschaftlich durch die fortgesetzte Steigerung aller Preise und die Spekulation, wozu noch die Ausblähung unserer gesamten Volkswirtschaft durch ein Uebermaß von Umlaufmitteln kommt. Der Vortragende erhofft von dieser starken Besteuerung zugleich eine Einziehung und Verminderung dieser Umlaufmittel. Bei der einmaligen Vermögensabgabe denkt er an eine Staffelung, die mit 1 v. H. beginnt und bis zu 25 oder 30 v. H. steigt.

Ja, ja, der gute Mann hat recht! Im Interesse einer günstigeren Einkommensverteilung ist ein Rückgang der Preise erforderlich. Aber seine Theesen zeigen nirgends, wie eine günstigere Einkommensverteilung vorgenommen werden. Und es wird auch kein anderer Professor oder sonstiger Gelehrter aus bürgerlichem Lager einen ersthaften Vorschlag für eine günstigere Einkommensverteilung machen, weil ein derartiger Vorschlag unberücksichtigt bliebe, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht.

Die individuelle, privatkapitalistische Produktion wird nach der Regel betrieben, daß der Unternehmer die Lohnhöhe bestimmt und die Berechnung des Lohnes auf die von ihm beanspruchte Gewinnhöhe einstellt. Erlaubt ihm die Konjunktur oder ein Ereignis wie der Krieg, die Preise der bel ihm gefertigten Waren höherzuschrauben, so steigt der Gewinn — sein Einkommen — ohne daß er höhere Löhne zu zahlen braucht. Niemand wird ihn dazu zwingen, höchstens die Arbeiter selbst, wenn sie ihre Benachteiligung herausfinden und ihre Arbeitskraft der verhärteten Ausbeutung nicht mehr zur Verfügung stellen wollen. In diesen jedem denkenden Arbeiter bekannten Vorgängen, magt kein bürgerlicher Nationalökonom einzugreifen. Keiner legt den Nerv der Gewinnmacherei bloß. Er ist das A und das O der kapitalistischen Wirtschaft, die im Kriege am gewissenlosesten die Ausbeutung betreibt.

Aus dieser Ausbeutung stammen die Riesenerlöse, die Prof. Liefmann mit dem sanften Ausdruck „ungünstige Vermögensentwicklung“ bezeichnet. Ganz recht! Die Vermögensentwicklung vollzieht sich in der privatkapitalistischen Wirtschaft immer aus den gleichen Ursachen, nur vollzog sie sich in schrankenloser Ausbeutung während des Krieges noch ungünstiger, so ungünstig, daß die Ausgebeuteten aufschreien über diese ungeheuerliche Vereicherung.

Und dieser Vereicherung will Professor Liefmann entgegenwirken durch eine einmalige Vermögensabgabe und Sonderbelastung aller gestiegenen Einkommen. Ahnt der Herr Professor nicht, daß Vermögensabgabe und Sonderbelastung aller gestiegenen Einkommen ein Hemmnis für die Herabsetzung der Preise sein werden? Daß alle extra besteuerten Unternehmer die Abgaben und Steuern in jene Berechnung ihres Unternehmens einstellen werden, die ihnen den beanspruchten Gewinn verspricht? Daß sie überhaupt freiwillig in eine merkliche Herabsetzung der Preise nicht eingehen werden? Letzteres scheint der Herr Professor allerdings zu ahnen, darum warnt er vor „direkten Eingriffen in die Preisgestaltung“.

Ohne direkte Eingriffe in die Preisgestaltung seitens des Staates werden aber nach unserer Ansicht die Teuerungsverhältnisse keine merkliche Abschwächung erfahren. Der Schwindel blüht und wird weiter blühen nach dem Kriege, wenn er sich auch in andere, weniger sichtbare Formen kleiden wird. Von theoretischer Seite wird man der Kapitalistenwelt mit tiefgründigen Auseinandersetzungen über die Valuta, die Geldwirtschaft, über das Uebermaß von Umlaufmitteln usw. an die Seite treten, um der kapitalistischen Wirtschaft die Fortführung ihrer Praktiken zu erleichtern.

Daher ist von dieser Seite nichts für den Abbau der Preise zu erwarten. Das wird in allererster Linie das ausgepörrte Volk besorgen müssen. Könnte es während des Krieges aus bekannten Gründen nicht gegen die Preistreiber und Wucherer erfolgreich ankämpfen, so wird es doch nach seinen bisherigen Erfahrungen nach dem Kriege anders handeln. Das ist es seiner Selbsterhaltung schuldig. Ohne Kampf um seine Selbsterhaltung wird es vom Kapitalismus ins sichere Verderben gebracht. Wie dieser Kampf sich gestalten wird, das hängt mit von dem „Abbau der Preise“, von der Beseitigung der ungerechtfertigten Teuerung ab.

## „Kriegsgewinne“ der Arbeiter.

Immer noch spukt das Gerücht von den „Kriegsgewinnen der Arbeiter.“ Gewisse Tages- und Fachzeitungen lassen keine Gelegenheit vorbegehen, auf die „hohen Löhne“ der Arbeiter zu verweisen. Zuweilen tun sie es, um die hohen Preise der Waren zu rechtfertigen, das andre Mal wollen sie glauben machen, daß es den Arbeitern gar nicht schlecht ergehe. Der Hauptzweck ist natürlich, durch diese Behauptungen die Unmerklichkeit von den riesigen Gewinnen der Kriegsgewinnler in Industrie und Landwirtschaft abzulenken.

Demgegenüber braucht nur auf das authentische Material hingewiesen zu werden, das von den Arbeiterorganisationen sorgsam über die Löhne in der Kriegszeit jeft und zusammengestellt worden ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat dem Gesesel von den „Kriegsgewinnen der Rüstungsarbeiter“ eine statistische Aufzeichnung der Löhne der Rüstungsarbeiter gegenübergestellt, die wohl bestätigt, daß in der Rüstungsindustrie die höchsten Löhne gezahlt werden, daß aber diese Löhne nicht der Höhe der Warenpreise entsprechen, die vier- bis sechshundert, ja tausend und mehr Prozent gestiegen sind.

Aber auch die christlichen Gewerkschaften haben durch ihre Verwaltungen Stellung zu dem Gerücht von den

hohen Löhnen genommen und haben in Wort und Schrift den gleichen Beweis geliefert, wie die freien Gewerkschaften.

Wie steht es aber um die Löhne der Arbeiter außerhalb der Rüstungsindustrie? Wohl liefern andere Industrien ebenfalls Produkte für den Krieg, aber es werden in diesen Industrien bei weitem nicht die Löhne gezahlt, wie in der Metallindustrie. So hatte man oft auf die hohen Löhne der Bergarbeiter hingewiesen und mit ihnen ebenfalls die hohen Kohlenpreise zum Teil zu rechtfertigen gesucht.

Da haben nun die Bergarbeiterorganisationen gleichfalls Lohnstatistiken aufgemacht, die jenen Hinweis auf hohe Löhne als eine Dreifaltigkeit erweisen lassen, die mit der Wahrheit Schindluder spielt. Im ersten Quartal 1918 gab es Löhne für eine verfahrenre Schicht von 6,67 M. und 6,27 M. im Kohlenbergbau in Niederschlesien, 6,08 M. und 6,27 M. im Salzbergbau des Bezirks Halle und Klausthal, 6,17 M. und 7,18 M. im Erzbergbau des linksrheinischen und des Mansfelder Gebiets, 9,28 M. und 9,58 M. im Dortmund und der Revier.

Kann da angesichts der ungeheuren Teuerung und der Riesenerlöse für alle Waren, die zur Lebensnotwendigkeit gebraucht werden, die Rede von hohen Löhnen sein? Und wenn die Löhne noch doppelt so hoch wären, entsprächen sie noch nicht den höheren Ausgaben, die der Arbeitern durch die Teuerung aufgelegt werden.

Wie steht es aber mit einer großen Anzahl von Arbeitern die noch nicht solche Löhne, wie angeführt, beziehen? Nun, auch von denen heißt es, daß sie durch den Krieg zu höheren Löhnen gekommen seien, die ihre Lage verbessert hätten. Es ist wahrlich ein frivoles Spiel, das in dieser Weise mit dem Glend der Arbeiter getrieben wird! In der Heimindustrie, im Malergewerbe, im Schneidergewerbe, im Lederergewerbe, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, im Tabakgewerbe usw. werden Löhne gezahlt die die Not der Familie täglich unerträglich machen.

Es gibt auch bürgerliche Blätter, die der Wahrheit die Ehre geben und die Lage der Arbeiter als bedauernswert bezeichnen; die gegen die gesteigerten Löhne die Dividenden der Werke und Fabriken anführen und an deren Höhe bemängeln, daß nicht höhere Löhne gezahlt werden, obwohl das möglich wäre, wie eben die Riesenerlöse beweisen. Ja aber, das ist etwas ganz anderes.

Theorie und Praxis sind beim Unternehmertum in dieser Beziehung ganz verschiedene Dinge. Sonst hieß es, die Löhne sind wie der Gewinn und das Einkommen des Unternehmers nach den Preisen der Waren gerichtet. Heute ist dies viel weniger, denn je der Fall. Die Preise werden zu fabelhafter Höhe getrieben, um Gewinn, schnellen und großen Gewinn zu machen. An die armselige Verbesserung der Löhne denkt man aber nicht eher, bis die Arbeiter mit allem Nachdruck eine Erhöhung fordern. Und dann gibt's trotz der bereits schon vorher eingestrichelten großen Gewinne noch Kampf, um die geforderten, bescheidenen Lohnaufbesserungen zu erlangen.

Wie in anderen Industrien, spielt sich das auch in der Tabakindustrie ab. Hier wagt man es allerdings nicht, von Kriegsgewinnen der Tabakarbeiter zu reden. Das wäre noch mehr, als blutiger Lohn. Aber es gibt doch Fachzeitungen im Tabakgewerbe, die die armselige Lohnherhöhung für einen der Gründe für die Preissteigerung der Tabakfabrikate anzuführen wagen. Man sollte sich schämen, das zu tun.

Jeder Arbeiter im Tabakgewerbe und jeder, der nur etwas vom Tabakgewerbe versteht, weiß, daß die Löhne der Tabakarbeiter schon vor dem Kriege am wenigsten Einfluß auf die Preisbildung für Tabakfabrikate übten. Gegenüber aber der jetzigen Preishöhe der Tabakfabrikate sind die Löhne trotz der zirka 75prozentigen Erhöhung geradezu ein Pappentstiel. Damit die Preissteigerung zum Teil rechtfertigen zu wollen, ist ein Unterfangen, das nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Wer es aber tut und im Interesse des Unternehmertums die Lohnherhöhung so ausschaltet, der sollte sich wenigstens veranlaßt fühlen, für eine ernsthafte Lohnherhöhung einzutreten, die dann den Lohn ausschließt, der jetzt in der bezeichneten Anführung der Lohnherhöhungen zu finden ist.

Vor dem Kriege gehörten die Tabakarbeiter zu den schlechtest Bezahlten — jetzt ist das trotz der hohen Gewinne in der Tabakindustrie immer noch der Fall. Es steht fest, daß höhere Löhne mit Leichtigkeit gezahlt werden könnten, ohne daß die Gewinne merklich beschnitten würden. Statt dessen macht sich gegen jede Lohnaufbesserung schädliche Knauerigkeit bemerkbar.

Wenn einmal eine Aufrechnung über die Tabakfabrikation während des Krieges gemacht wird, wird sich zeigen, wie berechtigt unser Vorwurf ist, daß nämlich die

**Tabakindustrie in der Ernährung der Arbeiter wieder**  
allen Gewerben nachhinkt, wie vor dem Kriege, trotzdem  
jetzt die Möglichkeit besteht, von ihr das Obilum der  
Proletarisierung ihrer Arbeiter zu nehmen.  
Kriegsgewinne und Arbeiterlöhne sind zwei Himmel-  
melt von einander entfernte Dinge, die in den kommenden  
wirtschaftlichen Kämpfen eine bedeutende Rolle spielen  
werden. Dann wird man in Arbeiterkreisen — und  
vielleicht auch in Unternehmerkreisen — erst empfinden,  
was in Bezug auf Lohnausgleichung und Besserung der  
Lage der Arbeiter veräumt worden ist. Für die Tabak-  
industrie können wir sagen: Zum Schaden der  
gesamten Tabakindustrie!

## Arbeiterklasse Ubergangswirtschaft.

Die Arbeiterforderungen zur Ubergangswirtschaft hat das  
"Correspondenzblatt" der Generalcommission der Gewer-  
schaften in Form eines Beschlusses angenommen, das die Arbeiter- und  
Gewerkschaften und ihre politische Interessenvertretung  
mit aller Kraft unterstützen müssen.

1. die Entlohnung der gesamten Wirtschaft fördernd,
2. den Einfluss der Arbeiter und Angestellten in Verwaltung  
und Aufsicht aller Wirtschaftsorgane sicherstellend,
3. die rechtliche und soziale Stellung der Arbeiter und Ange-  
stellten ausgleichend,
4. den Arbeiterstand wesentlich fördernd und bessernd und
5. die politischen Rechte des werktätigen Volkes in Reich, Staat  
und Gemeinde erweiternd.

Diese Forderungen, namentlich der ausgleichende erste  
Punkt, enthalten die Erkenntnis, dass der Krieg die Verlöbe  
des nachkommenden freien Spiels der Kräfte zum Abschluss gebracht hat.  
Der Staat hat, gestützt durch die Verhältnisse, die Aufgaben  
eines Wirtschaftsamtens übernommen, und die Entwicklung führt in  
gerader Linie zur unmittelbaren Leitung der gesamten Wirtschaft  
durch den Staat. Dieser Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse fiel  
zusammen mit einer grundlegenden Veränderung der Stellung der  
Arbeiterklasse zum Staat. Wenn sozialdemokratische Reichstags-  
fraktionen und Parteien der Gewerkschaften seit Kriegsbeginn auf dem  
Gebiet der Landesverteidigung stehen, so treten sie es in der  
Erkenntnis, dass das deutsche Volk einen Erklärungsbedarf hat, dass es  
nicht, dem Vernichtungswillen der vereinten Gegner die geschlossene  
Wirtschaft des ganzen Volkes entgegenzusetzen, um Deutschlands  
wirtschaftliche Niederwerfung, politische Herabwürdigung und wirtschaft-  
liche Entwertung zu verhindern. Dem Staat, dem man der Verteilung  
und Erhaltung für weit erachtete, konnte man nicht länger ab-  
nehmend gegenüberstehen: an Stelle der bloß meckernden sozial-  
demokratischen Politik wurde die sozial- und ausbauende Arbeit  
getreten. Dieser Wechsel ergab sich aus der Anerkennung der Gewer-  
kschaften durch den Staat, die in der Zulassung des Deutschen Eisen-  
bahnerverbandes ihren Namen Ausdruck fand.

Die Forderungen für die Ubergangswirtschaft, welche dieser  
Wandelentscheidung entsprechen, wurden bereits im Jahre 1917 von  
den Gewerkschaften dem Reichstagsamt unterbreitet. Der  
Reichstagsausschuss für Handel und Gewerbe erbrachte sie eingehend  
und stimmte in Form von Resolutionen ihnen im wesentlichen zu.  
Insbesondere forderte der Reichstagsamt die Demokratisierung aller Be-  
triebe, wobei das militärische Interesse sie gestützt, den Ein-  
fluss der Arbeiter für die Kriegswirtschaft, das Verbot der Anwer-  
bung der Rente auf den Lohn, die wirtschaftliche Ordnung der  
Arbeitsvermittlung, auch für die Landwirtschaft, die Arbeitslosen-  
unterstützung aus Reichsmitteln für Seeres- und Hilfsdienstleistungen,  
insbesondere endlich die Separation von Vertretern der Arbeiter  
und Angestellten für die Sachgeschäfte der Ubergangswirtschaft.

Auf der anderen Seite setzte sich die sozialdemokratische Reichstags-  
fraktion für die Bundesratsüberordnung zur Ubergangswirtschaft,  
namentlich für den Organisationsplan der Textilindustrie,  
ein, während die Interessenten sich vielfach dagegen sträubten.

Das bisherige Gesamtverhältnis dieser Bemühungen um die  
Ubergangswirtschaft fasst der Reichstagsabgeordnete Otto Schu-  
mann in der neuesten Nummer des "Correspondenzblattes" dahin  
zusammen, dass vielversprechende Ansätze vorliegen und dass es vor  
allem gelte, durchzusetzen, dass die Arbeitervertreter nicht auf  
die reinen Arbeitsfragen beschränkt werden sollen; es wurde viel-  
mehr anerkannt, dass jede Wirtschaftsfrage, Rohstoffbeschaffung, Ver-  
trieb und alle Einzelheiten der Erzeugung die Arbeiterklasse und ihre  
Vertreter in außerordentlich hohem Maße anangeht. "Der deutsche  
Arbeiter weiß", schließt Schumann, "welche Bedeutung die deutsche  
Industrie und der deutsche Handel für seine ganze fernere Ent-  
wicklung haben. Und deshalb will er mit aller Kraft am Wieder-  
aufbau der gesamten Wirtschaft, auf allen Gebieten als gleichberechtigter  
Partner entsprechend seiner Bedeutung im deutschen Wirtschafts-  
leben."

## Zur Kontingentseinschränkung.

Zur weiteren Kontingentseinschränkung schreibt die  
"Südd. Tabakzeitung" folgendes:

Vor einigen Tagen fand in Bremen eine Sitzung  
des Arbeitsausschusses der Detag statt, in welcher die-  
jenigen Maßnahmen beschlossen wurden, die in der jüngst  
an dieser Stelle veröffentlichten Mitteilung der Deutschen  
Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten an-  
gefordert worden sind. Die hierauf bezüglichen Bekannt-  
machungen werden voraussichtlich in der nächsten Ausgabe  
unserer Zeitung amtlich veröffentlicht. Wir möchten vor  
der Veröffentlichung dieser amtlichen Auslassungen von  
einer Erörterung der Einzelheiten Abstand nehmen. In-  
dessen kann schon heute gesagt werden, dass die Herab-  
setzung des Verarbeitungskontingentes für die Zigaretten-  
hersteller mit Wirkung vom 1. November d. J. von 40 v. H.  
auf 20 v. H. angeordnet worden ist. In Verbindung  
hiermit sind Verfügungen getroffen worden, die es den  
Verarbeitern in gewissen Fällen ermöglichen, einen Aus-  
gleich für etwa fehlende Mengen an Einlagetabak zu be-  
wirken, der es ihnen gestattet, mit dem verminderten Kon-  
tingent bis etwa zur Mitte des nächsten Jahres ihren  
Betrieb fortzuführen.

Da aber die von uns eingangs erwähnte Mitteilung  
der Zentrale geeignet war, übertriebene Hoffnungen zu  
erwecken, so müssen wir heute schon feststellen, dass  
voraussichtlich manche Zigarettenhersteller nicht in der Lage  
sein werden, sich diesen Verlust zu eigen zu machen.  
Wir hatten deshalb bereits damals darauf hingewiesen,  
dass die Zentrale in ihrer Mitteilung ausdrücklich erklärt  
habe, dass nach dem Ergebnisse der Verhandlungen  
vom 1. Mai d. J. die Fortführung der Verarbeitungsbetriebe  
im Durchschnitt nicht in Verbindung mit den  
neuen, namentlich geringeren Verfügungen gestattet.  
Daraus geht hervor, dass wahrscheinlich wohl die Mehr-  
zahl der Verarbeiter ihren Betrieb nach dem bisherigen  
Kontingent bis Anfang März und nach der ab 1. November

b. J. eintrötenden Verhandlung die gegen Ende Juni  
1919 meisterten kann, dass aber andererseits eine ge-  
wisse Zahl von Verarbeitern nicht in die Lage kommt,  
ihre Betriebe auf eine so lange Zeit durchzuhalten. Die  
Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Weiterführung des  
Betriebs für die längere Frist wird aus den Einzel-  
bestimmungen der neuen Bekanntmachungen ersichtlich  
sein bzw. beurteilt werden können.

Auf alle Fälle aber ist auch denjenigen Verarbeitern,  
die nach den neuen Bestimmungen nicht in der Lage  
sind, ihre Rohstoffvorräte zu ergänzen, schon allein durch  
die angeordnete Separation des Verarbeitungskontingentes  
ein gewisses Maß an Schutz, ihren Betrieb um einige Monate  
weiter führen zu können, als man ursprünglich erwarten durfte.  
Denn wenn die Verarbeiter selbst dazu beitragen, dass  
ihre Betriebe länger bestehen bleibt, indem jedes Blatt  
Tabak so intensiv wie nur eben möglich ausgenutzt und  
sein Rest als Einlage verarbeitet wird, der als Umblatt  
oder gar als Deckblatt verwendet werden könnte. Die-  
jenigen Verarbeiter, welche den bereits früher häufig er-  
gangenen und auch von uns eingehend begründeten  
Wahnsinn zur völligen Klärung des Tabakmaterials  
Klage geleistet haben, werden jetzt erkennen, welchen  
Vorteil sie sich damit verschafft haben; sie werden er-  
kennen, dass die angewendete Mühehaltung jetzt ihren  
vollen Lohn findet, soweit es eben unter den auf's  
äußerste gespannten Verhältnissen möglich ist. Die Tat-  
sache, dass jetzt diese Vorteile in Erscheinung treten, recht-  
fertigt in vollem Umfang das Erwischen, mit dem bis  
auf's Neueste durchgeführten Ausortieren des Rohabakts  
fortzuführen, damit nicht nur die Allgemeinheit, sondern  
auch derjenige die wirtschaftlichen Vorteile seiner Arbeit  
genießt, der sich die Mühe nicht verbrießen lässt."

## Bekanntmachung Nr. 82 der Detag Bremen.

In der heutigen Sitzung des Arbeitsausschusses unserer  
Gesellschaft ist unter Zustimmung der Reichskommissare  
und in Übereinstimmung mit der Deutschen Zentrale  
für die Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten, die in Minden  
(Westfalen) beschlossen worden, mit Wirkung vom  
1. November dieses Jahres an die jetzigen Kontingente  
der Zigarettenherstellung auf die Hälfte herabzusetzen.

Hiernach werden ab 1. November 1918 also Hersteller  
von Zigaretten, die Seereslieferungen ausführen, noch  
20 v. H. ihres ursprünglichen Kontingentes arbeiten können.  
Hersteller von Zigaretten, die keine Seereslieferungen aus-  
führen, 10 v. H. ihrer ursprünglichen Kontingente.

Bei der Herstellung von Zigaretten tritt eine weitere  
Einschränkung der Verarbeitung für die Betriebe nicht  
ein, welche 150 kg und weniger Rohabak monatlich  
verarbeiten und Seereslieferungen ausführen. Bei Zigaretten-  
herstellungsbetrieben dieser Größe, welche Seereslieferungen  
nicht ausführen, ermäßigen sich diese Mengen auf 75 kg.  
Die für den Bezug von Rohabak auf Dauerabak zu-  
gelassene Höchstmenge von monatlich 50 kg bleibt unver-  
ändert. Als Seereslieferung gilt nur die Ausführung  
der durch die Zentrale vermittelten Aufträge.

Seereslieferer, die mit ihren Vorkontingenten an die  
Zentrale im Rückstande sind, haben die aus diesem Ver-  
schlusse sich ergebende Einschränkung ihrer Verfertigung erst  
vorzunehmen, wenn sie ihre rückständigen Lieferungen für  
die Zentrale hergestellt haben. Selbstverständlich bearbeitet  
diese Nachlieferung keinen Anspruch auf eine Sonder-  
zuteilung von Tabak.

Erparnisse, die von Zigarettenherstellern gegenüber  
ihrem Tabakkontingent gemacht sind, werden den be-  
treffenden Arbeitern zur allmählichen Aufarbeitung ohne  
Festlegung einer Frist belassen. Solche Erparnisse sollen  
insbesonders nicht dazu dienen, die monatlichen Anfertigungen  
über die oben angegebenen Mengen hinaus zu verstärken,  
sondern um die Fabrikationsdauer zu verlängern.

Nach dem Stande an Erparnissen von Deckblatt-  
und Umblatt-Tabaken der Zigarettenhersteller, die sich aus  
der Lageraufnahme per 1. Mai 1918 ergeben haben, ist  
anzunehmen, dass mit diesen Maßnahmen die Zigaretten-  
herstellung im Durchschnitt berechnet, in dem sich ergebenden  
Umfange noch bis Anfang Juli 1919 weitergeführt  
werden kann.

Über die beabsichtigten Nachlieferungen von Inlands-  
einlage an Zigarettenhersteller, die in Deckblatt und Umblatt  
Erparnisse gemacht haben oder noch machen werden,  
ergibt unsere Bekanntmachung Nr. 83 das Nähere.

Für die Rauchtakindustrie ist eine Herabsetzung  
ihrer Kontingente im Allgemeinen nicht vorgesehen, doch  
werden die Rippenkontingente mit Wirkung vom 1. No-  
vember dieses Jahres wegen der bestehenden Rippen-  
knappheit vorerst nur zu  $\frac{1}{2}$  beliefert werden können;  
für den Ausfall wird ein Ersatz in Inlandtabaken zur  
Verfügung gestellt werden. Einzelheiten über die zu-  
künftige Belieferung der Rauchtakindustrie werden  
durch eine besondere Bekanntmachung geregelt werden.

Für die Rauchtak- und Schnupftakindustrie bleiben  
die bisherigen Kontingente ebenfalls bestehen, doch wird  
ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die beiden Industrie-  
zweige hinsichtlich weiterer Tabaklieferungen außer den  
in ihren Händen befindlichen Vorräten nur noch in sehr  
beschränktem Umfange mit Inlandtabaken zu rechnen  
haben. Beim Schnupftak werden Umschreibungen der  
Blattkontingente auf Grus auf Antrag vorgenommen  
werden, soweit die Möglichkeit reicht.

Die Bekanntmachung des Reichslandwirts, die die Neu-  
festsetzung der Kontingente regelt und die erforderlichen  
Vorschriften der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen  
von Tabakfabrikanten, die in Minden (Westf.) über die  
weitere Herstellung der Seereslieferungsverpflichtungen  
der Zigaretten-, Rauchtak-, Rau- und Schnupftak-Industrie  
werden demnächst erfolgen. Unsere heutige vorläufige  
Bekanntmachung soll den Zweck erfüllen, die

in der Lage zu sein, dass man sich die Bestimmungen  
für die aus den mitgeteilten Beschläüssen sich ergebenden  
Maßnahmen zu treffen.

Bremen, den 23. September 1918.

Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916  
u. b. S., Bremen.

## Bekanntmachung Nr. 83 der Detag Bremen.

Zigarettenhersteller, die durch Ausnutzung ihrer In-  
ländischen Tabakbestände oder günstiger Verwertung ihrer  
inländischen Deckblatt- und Umblattnachabak Erparnisse  
bzw. Mehrvorräte in Decktabaken oder Umblattnachabak gegen-  
über den ihnen hier von kontingentmäßig zuzumessenden oder  
sich ergebenden Mengen erzielt haben, müssen auf den 1. Ok-  
tober 1918 etwaige Umschreibungen von unten nach oben  
(Einlage auf Umblatt, Umblatt auf Deckblatt) bei uns be-  
antragen. Solchen Anträgen wird Folge gegeben werden,  
soweit nicht in Einzelfällen etwa besondere Bedenken ent-  
gegenstehen. Umschreibungsanträge von oben nach unten  
können dagegen in der Regel nicht zugelassen werden. Ent-  
stehen durch die beantragten Umschreibungen Fehlbilanzen in  
den Einlagekontingenten, so sind hierüber Bedarfsanträge auf  
inländische Einlage einzureichen. Eine feste Zusage auf deren  
Genehmigung kann noch nicht gegeben werden, da vorerst  
eine Uebersicht über die bezüglichen Ansprüche und die zur  
Verfügung stehenden Mengen geschaffen werden muß.

Anträge auf solche Umschreibungen und Bedarfsanträge  
auf inländische Einlagen müssen bis zum 15. Oktober d. J.  
in unseren Händen sein. Später eingehende Anträge können  
vorerst keine Berücksichtigung finden. Nachprüfungen der  
Anträge im einzelnen bleiben natürlich vorbehalten.

Sofern Einlagevorräte und sonstige Verhältnisse es  
erlauben, werden Umschreibungsanträge für später erzielte  
Mehrergebnisse von Deckblatt- und Umblattnachabak, sowie Be-  
darfsanträge auf inländische Einlagen für sich ergebende  
Einlagekontingente später nochmals angenommen werden. Es  
ist daher jedem Zigarettenhersteller aufs dringendste zu empfehlen,  
jedes Blatt seiner Tabakvorräte aufs äußerste auszunutzen.

Einen nochmaligen allgemeinen Tabakausgleich  
beabsichtigt die Detag nicht vorzunehmen.

Bremen, den 23. September 1918.

Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916  
u. b. S., Bremen.

## Zigarettenherstellung in Zigarettenfabriken.

Zu der Frage der Zigarettenherstellung in Zigaretten-  
fabriken schreibt das Organ des Deutschen Tabakgewerks,  
"Das deutsche Tabakgewerbe":

Die Zigaretten-Produktion geschieht in der Fabrikation  
ausschließlich auf maschinellem Wege, sie beschäftigt an Arbeiter-  
zahl gegenüber der Zigarettenherstellung kaum den zehnten Teil.  
Da aber bekannterweise die Zigarettenherstellung durch die Ver-  
arbeitung von Streutabaken auch mit dazu beigetragen hat, daß  
die Vorräte der für die Zigarettenherstellung vorhandenen Roh-  
tabake verringert wurden, muß es als eine große Danks und An-  
erkennung angesehen werden, daß die Zigarettenherstellung unter  
bedeutender Gewinnaufschlagung in großem Umfange aktiv weiter  
arbeitet, während die Zigarettenindustrie aufhört und. Diese  
Sonderstellung der Zigarettenindustrie könnte nur durch die  
haben, wenn die bisherigen Zigarettenherstellungsbetriebe nicht in  
der Lage wären, auch Zigaretten anzufertigen. Zwar verfügen sie  
nicht über Zigarettenmaschinen, dieselben werden sich auch wohl  
kaum beschaffen lassen, in Friedenszeiten wurde aber ein erheb-  
licher Teil Zigaretten, namentlich bessere Sorten, durch Hand-  
arbeit hergestellt, und diese Handarbeit anzufertigen wird auch der  
Zigarettenindustrie ohne wesentliche technische Schwierigkeiten möglich  
sein. Die Handarbeit Zigaretten stellen sich infolge höherer Arbeits-  
löhne allerdings etwas teurer, sie wurden aber auch sehr besor-  
gung und höher bewertet, weil ihre Beschaffenheit zuverlässiger und  
besser ist.

Wird die außerordentlich große, wirtschaftliche Schwäche,  
welche die Stilllegung der Zigarettenfabriken im Gefolge hat, be-  
achtlicht, so kann es im Interesse der zahlreich brotlos werdenden  
Arbeiter und Beamten nur gerecht erscheinen, wenn die Zigaretten-  
hersteller das Verlangen stellen, ihre Betriebe so weit als möglich,  
für die Herstellung von Zigaretten im Rahmen einer kontingentier-  
ten Anfertigung nutzbar zu machen. Es ist dahingehend, ob der  
Weg erreichbar ist durch Einschränkung der Maschinenarbeit in  
den Zigarettenfabriken, oder durch besondere Zuteilung von Stan-  
dardtabaken, um nach Aufhebung der Zigarettenvorräte eine er-  
höhte Anfertigung von Zigaretten herbeizuführen. Zur Erklärung  
sei darauf hingewiesen, daß an Stelle einer Maschine, welche  
100 000 Stück Zigaretten pro Tag herstellt, etwa 200 Arbeiter im  
Handbetriebe beschäftigt werden können, wenn die Anfertigung in  
Anbetracht der Anfertigungsdauer auf durchschnittlich 500 Stück pro  
Arbeiter angenommen wird. Die Verteilung, welche durch den  
für Handarbeit gegenüber der Maschinenarbeit an zahlenden höheren  
Lohn in Rechnung zu ziehen ist, kann in Rücksicht auf die erwartete  
Arbeitslosenunterstützung kaum als unwirtschaftlich angesehen  
werden, sie dürfte auch kaum wesentlich ins Gewicht fallen, da die  
Zigarettenhersteller gewiß bereit sein werden, die Zigaretten mit  
einem äußerst geringen, in der Hauptsache für die Deckung ihrer  
Betriebs- und Geschäftskosten ausreichenden Nutzen abzusetzen,  
während die auf maschinellem Wege betriebene Zigarettenherstellung  
mit bedeutendem Gewinn arbeitet. Eine größere Zahl der Zi-  
garettfabriken ist im Besitze der Einrichtung, welche für die Ver-  
bereitung der Rohabake zur Verarbeitung in Zigaretten (Schnei-  
den usw.) erforderlich sind, im übrigen könnten diese vorbereitenden  
Arbeiten von den Rauchtakherstellern in genügender Umfange  
in Lohnarbeit ausgeführt werden, womit auch dieser Industrie  
ein Erwerbseinkommen erhalten bleiben würde."

# Unsere Lohnbewegung.

Künftig läßt sich die Wirkung unserer letzten Lohnforderung übersehen. Die drei Tabakarbeiterverbände hatten bekanntlich eine Erhöhung der Zulagen auf 100 Prozent gefordert. Der deutsche Tabakverein und eine Reihe Bezirksverbände, ebenso die dem Tabakverein angeschlossenen Fachverbände, sowie auch einige Ortsgruppen des Zentralverbandes deutscher Zigarrenfabrikanten haben zu unseren Forderungen Stellung genommen. Die meisten Vereine sind dem gefolgt, was der Deutsche Tabakverein in seiner Berliner Zusammenkunft beschlossen hat; sie haben ihren Mitgliedern empfohlen, die Zulage auf 75 Prozent zu erhöhen; für Sortierer und Nebenarbeiter sind entweder niedrigere Sätze festgelegt oder es ist den Fabrikanten überlassen, nach ihrem Wohlwollen Erhöhungen einzutreten zu lassen. Nur ganz vereinzelt ist man in den Beschlüssen der Fabrikantenorganisationen über die 75 Prozent hinausgegangen.

Obwohl nun alle Fabrikantenorganisationen von den Tabakarbeiterverbänden ein besonders Anschreiben erhalten haben mit den Forderungen und deren Begründung, hatten es bis jetzt noch eine Reihe derselben für unter ihrer Würde, zu antworten. Es sind dieses der Deutsche, Mitteldeutsche, Siesener, Berliner, Meckener und Bremer Verein der Zigarrenfabrikanten; dazu kommt der Zentralverband deutscher Zigarrenfabrikanten (Nante-Gruppe). Man kann doch nicht annehmen, daß diese Organisationen sich auch jetzt noch nicht schuldig gemacht haben, zumal doch die Mutterorganisation der Deutsche Tabakverein längst Stellung genommen hat. Diese Verlegung der einfachsten Anstandsregeln ist wohl für das Verhalten mancher Fabrikantenorganisation gegenüber der Tabakarbeiterchaft. Es ziemt den Gatt, der uns Arbeitern gegenüber teilweise noch herrscht, der sich in nichts geändert hat gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Dabei stehen diese Herren selbst auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter peinlichst die respektvollste Form gegenüber einzuhalten haben; wahren die Arbeiter und ihre Vertreter diese Form nicht, so gelten sie als ungebildet und roh. Gegen wir diese Rücksichtslosigkeit zu den übrigen.

Wie nun in Nr. 85 des „Tabak-Arbeiter“, vom 1. September 1918, bekanntgegeben, haben die Leitungen der drei Tabakarbeiterverbände in einer am 20. August 1918 in Düsseldorf stattgefundenen Zusammenkunft zu den Beschlüssen der Fabrikantenorganisation Stellung genommen. Rufen wir uns die dort gefasste Entschliebung noch einmal ins Gedächtnis. Sie lautet:

„Die drei Organisationen der Tabakarbeiter erklären, die gewährten Zulagen zunächst anzunehmen; da sie aber den berechtigten Wünschen der Tabakarbeiter nicht entsprechen, zumal in manchen Bezirken die Grundlöhne gar zu niedrig sind, besonders aber auch, da die Sortierer und Hilfsarbeiter nicht mit den Zigarren- und Wickelmachern gleichmäßig berücksichtigt worden sind, erwarten die drei Tabakarbeiterorganisationen, daß die Herren Fabrikanten erneut zu den Wünschen der Tabakarbeiter Stellung nehmen werden.“

Aus Zuschriften, die aus Kollegenkreisen an den Vorstand unseres Verbandes gelangt sind, geht hervor, daß die vorstehende Entschliebung der drei Tabakarbeiterverbände zum Teil mißverständlich aufgefaßt wird. Dem gegenüber möchten wir erklären, daß die Entschliebung durchaus nicht die Zufriedenheit mit den gewährten 75 Prozent Zulagen ausdrücken soll und auch nicht ausdrückt. Wenn es in dem ersten Satze der Entschliebung heißt, daß die gewährten Zulagen zunächst angenommen werden, so sagt schon das Wort „zunächst“, daß damit noch keine Zufriedenheit ausgedrückt sein soll. Es war natürlich im Interesse der Tabakarbeiter unannehmlich, die gewährte Zulage auf 75 Prozent abzuweisen, denn dann hätte vorläufig zu den alten Sätzen weitergearbeitet werden müssen. Das wäre wenigstens dadurch zum Ausdruck gekommen. Die Tabakarbeiter aber brauchten sehr notwendig sofort eine Zulage, denn ihr Einkommen war relativ und, wie vielfach erklärt wurde, sogar absolut gesunken. Wäre die gewährte Zulage zurückgewiesen worden, so bedeutete das, daß die Tabakarbeiter noch während einer längeren Zeit für die alten Sätze zu arbeiten hätten, denn bekanntlich vollziehen sich die Dinge bei Lohnfragen in unserm Gewerbe sehr langsam. Ausdrücklich ist dann in der Entschliebung gesagt worden, daß die gewährten Zulagen den berechtigten Wünschen der Tabakarbeiter nicht entsprechen. Wenn dann noch auf die in verschiedenen Bezirken geltenden gar zu niedrigen Grundlöhne hingewiesen worden ist, so ist damit weiter gezeigt, wo auch noch lerner der Hebel anzusetzen ist. Sodann ist auch noch Bezug genommen worden auf die ungenügende Berücksichtigung der Sortierer und Hilfsarbeiter. Schließlich aber ist die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Fabrikanten erneut zu den Wünschen der Arbeiter — und diese sind doch: Erhöhung der Zulagen auf 100 Prozent Stellung nehmen werden. Nach alledem konnte eigentlich niemand aus der Entschliebung herauslesen, daß die Organisationsleitungen mit 75 Prozent Zulage zufrieden seien und die Sache damit für abgeschlossen hielten. Daß das nicht beabsichtigt war geht auch daraus hervor, daß die drei Tabakarbeiterorganisationen den Fabrikantenorganisationen sofort ihre Entschliebung mitteilten, was doch folgerichtig die Fabrikanten veranlassen mußte, erneut zu beschließen. Wie sie beschließen würden, blieb zunächst dahingestellt. Es ist nach unserer Meinung also in keiner Weise berechtigt, anzunehmen, daß die Düsseldorf-Entschliebung der drei Tabakarbeiterverbände ein Verzicht auf die ursprünglich gestellte Forderung einer Erhöhung der Zulage auf 100 Prozent bedeutet.

Inzwischen sind ja in vielen Orten die Zulagen erhöht worden; zum größten Teil auf 75 Prozent, manche Firmen sind darüber hinausgegangen, und zwar bis über 100 Prozent. Auf die große Gewinne an den

Fabrikantenorganisationen, die durch die Düsseldorf-Entschliebung mittelste, ist noch keine Antwort eingegangen. Es scheint nach alledem so, als betrachten die Fabrikanten die Sache mit der Gewährung von 75 Proz. als erledigt. Diese Meinung der Fabrikanten ist um so weniger zu erklären, als ihren Organisationen aus der Düsseldorf-Entschliebung und erst recht aus der besonderen Uebersendung derselben, klar sein mußte, wie die Tabakarbeiter und ihre Vertreter zu der Zulageerhöhung auf 75 Prozent stehen; es muß mindestens doch den Organisationsleitungen der Fabrikanten zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Tabakarbeiterchaft nicht zufrieden ist.

Besonders in der Zigarrenherstellung hat die Veränderung der Verhältnisse, die als Folge des Rohabakmangels auftritt, einen immer stärker werdenden Einfluß auf die Arbeitswelt. Nicht nur die Veränderungen der Kassons legt die Verdienstmöglichkeit herab, es geschieht das auch noch durch die beschränkte Verarbeitungsmöglichkeit des Tabaks. Außerdem wird sehr ernst seitens der Fabrikanten darauf bestanden, daß aber auch jedes Erstickten Tabak entsprechend der Knappheit in Decke und Umblatt ausgenutzt wird. Unter solchen Umständen ist es begrifflich, wenn die in der Zigarrenherstellung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen immer lauter rufen, daß sie jetzt weniger verdienen, als sie vor den letzten Preisverwilligungen verdienten. Dazu kommt der zum Teil völlig ungenügende Grundlohn, der schon vor dem Kriege unzulänglich war. Gerade jetzt, da man zu kleineren Kassons greifen muß, kommt die Unzulänglichkeit des Grundlohnes erst recht zur Geltung, so daß wir immer mehr der Forderung der Tabakarbeiter, den Grundlohn zu erhöhen, bezeugen. Neben diesem rufen wir das sprunghafte Aufsteigern der Warenpreise nicht vergessen werden.

Wir können übrigens auch keinen stichhaltigen Grund für die Ablehnung der Forderung, die Zulagen auf 100 Prozent zu erhöhen, finden. Selbst bei Gewährung der Forderung liegen noch genügend Gründe für die Erhöhung so mancher Grundlohnes vor. Man kann doch keinem Tabakarbeiter erzählen, daß die Verkaufspreise keine 100 Prozent Zulage, keine Erhöhung der Grundlöhne erlauben; bei den heutigen Preisen spielen die Löhne überhaupt keine Rolle mehr, stehen sie ganz außer jedem normalen Verhältnis. Heute kann jeder beliebige Lohn bewilligt werden, wenigstens soweit die Wohlthätigkeit in Frage kommt, ohne daß ein Preisaußschlag zu erfolgen braucht. Aber auch bei den Kriegslieferungen kann die Forderung der Tabakarbeiter noch gewährt werden. Wird das bestritten, nun, so kann die Lage der Tabakarbeiter nicht abhängig gemacht werden von unzulänglichen Preisen der Heeresverwaltung. Sowie wir die Tabakarbeiter auch, daß die geforderten 100 Prozent Zulage heute gar keine Rolle spielen, und in der nächsten Zukunft erst recht nicht spielen werden.

Glauben die Fabrikanten nun, daß die Forderungen der Tabakarbeiter erledigt sind, so müssen wir ihnen diesen Glauben nehmen und sie mahnen, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und die dringenden Wünsche, sei es durch Erhöhung der Teuerungszulage auf 100 Prozent, sei es durch Erhöhung der Grundlöhne zu erfüllen. Den Tabakarbeitern aber sagen wir nochmals, daß die Verbandsleitungen die 75 Prozent nur als Abschlagszahlung betrachten und keineswegs das Erreichen des ursprünglich gesteckten Ziels aufgegeben haben. Danach mögen sich die Kolleginnen und Kollegen überall richten.

## Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

- Hamburg.** Die Firmen J. A. Lohmann, B. Rosenstock und Franz Schütte erhöhten die Lohnzulage auf 100 Prozent.
- Altona.** Die Firma Heino Müller erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.
- Wedel.** Die Firma Peter Behrmann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.
- Schlesien.** Die Firma G. Pöhlisch bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.
- Härnerkirchen.** Die Firma Gebr. Düsing erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.
- Hamburg.** Die Firma Dr. Kauffmann bewilligte eine Lohnzulage von 100 Prozent.
- Hilfen.** Die Firma M. S. Jarrens bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.
- Käte.** Die Firma S. Dargeloh bewilligte 75 bis 100 Prozent Lohnzulage.
- Siedenburg.** Die Firma S. Fülle erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.
- Preußen (Möckelnburg).** Die Firma G. Schostag bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.
- Inden.** Die Firma W. Hoffmann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.
- Wandersheim.** Die Firma D. G. Graaf erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.
- Steden.** Die Firma W. Dasselbach u. Co. bewilligte an Lohn- und Teuerungszulagen 75 Prozent.
- Furmdingen.** Die Firma Bloch u. Co. erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.
- Stechheim.** Die Firma Bloch u. Co. bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.
- Leuningen.** Die Firma Bloch u. Co. erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.
- Schörringen.** Die Firma Bloch u. Co. bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.
- Verga.** Die Firma Friedr. Freund bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.
- Heraburg.** Die Firmen Carl Juby, Georges u. Praumann, M. Wurler, Carl Sadeck und Friedr. Böcker erhöhten die Teuerungszulage auf

75 Prozent Teuerungszulage.  
**Salzungen.** Die Firma Garbt bewilligte 75 Proz. Lohnzulage.  
**Schmalk.** Die Firmen Gebr. Freigle, Seyfarth, Walther, Schöne, Schönfelder und Miller u. Erler erhöhten die Teuerungszulage auf 80 Prozent.  
**Garimandsdorf.** Die Firma Alb. Dieß bewilligte den Rollern 75 und den Wickelmachern 100 Proz. Lohnzulage. Bei Verarbeitung von deutschem Umblatt werden 50 % Aufschlag gezahlt.

## Das Gewissen des Kollegen G. W. Perkins.

III.

Perkins fuhr als armer Mann nach Europa, entschlossen, wie er sagt, dort so blüßig wie möglich durchzukommen. Gut. Aber es ist schädlich und durch nichts begründet, wenn er die delegierten deutschen Gewerkschaftsführer der Praxerel befehdigt. Ihre Aufgabe scheint zu sein, Geld auszugeben, sagt er und verdächtigt sie noch obendrein, dieses Geld auf unehrliche Weise erworben zu haben. Die „Deutsche Buchbinder-Zeitung“ hat ja schon die gebührende Antwort darauf gegeben, doch möchten wir noch einiges hinzufügen. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter erhalten nicht nur keine amerikanischen Gehälter, sie reichen auch in ihren Diätentagen nicht entfernt an ihre amerikanischen Kollegen heran. Wenn Perkins sich als armer Mann fühlte, so muß man wissen, daß er neben seinem Gehalt für seine Reise-Vertragskosten erhielt und sich diese sehr genau berechnete, denn selbst hier gekaufte Bekleidungsstücke schrieb er mit auf die Rechnung. Außerdem erhielt er noch extra fünf Dollar wöchentlich. Der arme Kollege Perkins war denn auch mit einem Hotel in Bremen, das schon so viele Gewerkschafts- und Parteivertreter benutzten, nicht zufrieden, indem er dem ihm von unserem Verband als Dolmetscher beigegebenen Kollegen erklärte, daß er ihn nicht wieder in ein solches Haus führen solle. Mit einem erstklassigen Hotel in Hamburg war er denn auch zufrieden. Die deutschen Vertreter in Zürich dagegen „schienen unbegrenzte Geldmittel zu besitzen“, weil sie sich einige Glas Wein erlaubten.

Perkins erzählt auch im „The International Bookbinder“, daß die deutschen Arbeiter vor ihrer Regierung zusammenknicken, daß sie fürchten, dem Scharfrichter anheimzufallen, wenn sie vom Generalkrieg reden und daß deutsche Delegierte auf einer Bergarbeiterkonferenz erklärten, die Konferenz verlassen zu müssen, wenn eine Generalkriegsresolution beraten werde; es würde zur Folge haben, daß man sie als Hochverräter anklagt und zum Tode verurteilt. Solche Klatschereien redet und schreibt jemand, der verpflichtet ist, die Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands wenigstens in ihren größten Umrisen zu kennen. Die deutschen Arbeiter haben sich nicht nur auf internationalen Kongressen, sondern auch auf deutschen Gewerkschaftstagen, in unzähligen örtlichen Versammlungen und in ihrer Presse mit dem Generalkrieg beschäftigt, ja, sie haben ihn nicht einmal grundsätzlich abgelehnt, doch ist bis jetzt noch kein Mensch zum Tode verurteilt worden. Perkins sollte sich überlegen, wieviel amerikanische Arbeiter an den Galgen gekommen sind, die in die Pläne der amerikanischen Regierung oder der amerikanischen Kapitalisten eingegriffen haben. Die „Deutsche Buchbinder-Zeitung“ hat ihn an den neulich beendeten Prozeß Daywood erinnert. Dieser kann als Kriegsprodukt gelten. Aber wie steht es mit dem Urteil gegen die Chicagoer Ling, Pearsons, Fiedlen, Fischer usw., die zum Teil an den Galgen, zum Teil ins Zuchthaus kamen und später, weil unschuldig, vom Gouverneur freigelassen wurden?

Freilich klagen wir unsere Regierung an, daß sie autokratisch ist und wir schämen uns, als selbsterzeit Juraes in Berlin nicht sprechen konnte, aber Perkins scheut sich nicht vor einer offensibaren Unwahrheit; denn wenn er von einer zu organisatorischen Zwecken einberufenen Zigarrenarbeiter-Versammlung spricht, in der er reden sollte, aber nicht reden konnte, weil er ein ins Deutsche überlesetes Konzept seiner Rede vorlegen sollte, dies aber nicht mitmachen wollte, so sei hier festgestellt, daß niemals eine Zigarrenarbeiter- oder Tabakarbeiter-Versammlung in Aussicht genommen war, in welcher Perkins als Redner vorgesehen war. Ein Mann, der im öffentlichen Leben eine Rolle spielt, der sich ein so vernichtendes Urteil über ein anderes Land und seine Verhältnisse erlaubt, sollte mit der Wahrheit vorsichtiger umgehen.

„Ich fand in der deutschen Arbeiterbewegung keine Demokratie“, sagt der Perkins von 1918. Freilich spricht auch der Perkins von 1913 bereits davon, daß das demokratische System in den Gewerkschaften zu wünschen übriglasse, denn die Verbandstage drücken nicht den Willen der Mitglieder aus, die in Amerika übliche Urabstimmung sei demokratischer. Gewiß kann man geteilter Meinung darüber sein, ob die Urabstimmung oder der Verbandstag zur schließlichen Erledigung wichtiger Fragen vorzuziehen ist, aber es kommt doch zur Beurteilung der Erledigung wesentlich auf das durch die Landesverhältnisse Bedingte und historische Gewordene an. Uebrigens haben viele deutsche Gewerkschaften in ihren Satzungen neben dem Verbandstag auch die Urabstimmung vorgelesen und menden sie, wie das gerade noch in der letzten Zeit gesehen ist, auch an. Auch in Amerika, speziell in der Cigar Makers International Union, tritt zu den Urabstimmungen auch nur ein bescheidener Bruchteil der Mitglieder an, und es ist noch sehr zweifelhaft, ob bei den Urabstimmungen oder dem Vertretersystem mehr Demokratie gewahrt wird. Und schließlich haben auch die Amerikaner, hat auch die Cigar Makers

